

Irishes Referendum:

60:40 – Deutliche Bestätigung für den Euro- Fiskalpakt

“Thank you, Ireland,” sagte ein sichtlich erleichterter Enda Kenny am Nachmittag des 1. Juni, nachdem das Ergebnis der irischen Volksabstimmung über den EU-Fiskal- und Stabilitätspakt feststand. 60,3% der knapp über 50% der Iren, die abgestimmt hatten, sprachen sich für ein “Ja” aus. Für die Opposition ist das Ergebnis der “Einschüchterungskampagne” der Regierung zuzuschreiben: “Der Angstfaktor hat die Oberhand gewonnen,” urteilte Richard Boyd-Barrett, Parteichef der linken Gruppierung ‘People Before Profit’.

‘Great Positivity’

Für den Taoiseach ging von dem Votum eine “great positivity” aus. Er bedankte sich bei den irischen Wählern für deren “Pragmatismus”. Europa brauche dringend eine Erfolgsgeschichte – Irland könne diese “success story“ sein, sagte er vor der Presse in Dublin. Das “klare, starke und deutliche” Votum der Iren habe dazu den Grundstein gelegt.



Als einzige in Europa konnten die Iren, weil dies die irische Verfassung so vorsieht, am 31. Mai über den Fiskal- und Stabilitätspakt abstimmen. Enttäuschend für die Regierung, aber auch für die Gegner des Fiskalpakts, war die niedrige Wahlbeteiligung von nur 50,6%.

Zustimmung in 38 der 43 Wahlbezirke

Nur in fünf der 43 Wahlbezirke konnten sich die Gegner durchsetzen – Donegal North East, Donegal South West, Dublin North West, Dublin South Central and Dublin South West – alle anderen hatten – zum Teil sehr deutliche – Mehrheiten für die Ja-Seite.

Enda Kenny und sein Stellvertreter Eamon Gilmore betonten, Irlands Verhandlungsposition in Europa sei durch die Abstimmung gestärkt worden. “Diese Entscheidung der Iren ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Erholung,” sagte Eamon Gilmore (in dessen Wahlkreis in Dún Laoghaire 74% mit Ja stimmten), “und wir müssen darauf jetzt aufbauen.”

Schritt zur wirtschaftlichen Erholung

Ganz vorne steht dabei der Druck auf die Regierungen in der Eurozone, die irischen Kosten für die Bankenrettung zu senken. In einem Telefonat mit Angela Merkel sprach Kenny noch am selben Abend die Frage der Bankenverschuldung an. Auch wies er darauf hin, dass das eiserne Sparkonzept nur dann funktionieren könne, wenn gleichzeitig deutliche Wachstums-Anreize gegeben würden – Investitionen in Ausbildung und Arbeitsplätze vor allem für junge Europäer.

Der EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso zeigte sich erfreut über das klare Votum der Iren: “Irland hat gute Fortschritte bei der Umsetzung des EU/IWF-Finanzprogramms gemacht. Das Abstimmungsergebnis ist ein wichtiger Schritt für Irlands wirtschaftliche Erholung und für Irlands Verankerung im Herzen Europas.” Er fügte hinzu: “Ich weiss, dass es ein Anliegen vieler Wähler war, dass Wachstum gebraucht werde. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass Stabilität und Wachstum zusammen gehören und dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist.” Die irische EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn freute sich über das “starke Statement für die Schaffung einer stabileren Eurozone.” Es sende ein positives Signal an internationale Investoren. Und Angela Merkel nannte den Ausgang des Referendums “eine gute Nachricht für Irland und Europa.”



Führende Köpfe der Nein-Kampagne: Joe Higgins, Richard Boyd Barrett und Paul Murphy bei der Ergebnisverkündung im Dublin Castle (Foto: Alan Betson)

Stabilität und Wachstum

Auch für den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, war die Abstimmung ein Signal für Irlands Dazugehörigkeit zum Euro und zu Europa. "Aber," so betonte er auch, "wir müssen auch auf die Besorgnisse derer hören, die mit Nein gestimmt haben." Die Iren hätten schwere Jahre hinter sich, und noch weitere schwere Jahre vor sich. "Es ist notwendig, ihnen Grund zur Hoffnung zu geben."

Die Sozialisten und Sozialdemokraten im EU-Parlament lobten das irische Ja zum Fiskalpakt als eine "verantwortungsvolle Wahl". Fraktionschef Hannes Swoboda sagte, die Iren hätten unter hohem Druck der Märkte "ihre Verantwortung gegenüber Europa ernst genommen." Gleichzeitig forderte er, dass die sozialdemokratischen Parteien weiterhin eine Ergänzung des Vertrags durch einen Wachstumspakt verlangen. Die Eurozone sei mit einer Rezession und Rekordarbeitslosigkeit konfrontiert: "Wir brauchen Investitionen, um in ganz Europa Jobs zu schaffen."

Niemand wird behaupten, die Iren hätten aus Begeisterung mit Ja gestimmt. "Für viele war es das kleinere Übel," sagte Oppositionsführer Michael Martin, dessen Fianna Fáil den Pakt gemeinsam mit der Regierung unterstützt und für Zustimmung dazu geworben hatte.

Zwangsjacke

Für die Nein-Seite war der Fiskalpakt eine Zwangsjacke, die dem dringenden Wunsch nach Wachstum und neuen Arbeitsplätzen detrimental entgegenwirkt. Für die Linke ist, wie Ralf Sotscheck in der *taz* schrieb "der Fiskalpakt ... ein neoliberales Projekt made in Germany. Die Zeche zahlen die unteren Einkommenschichten und die Arbeitslosen. Der Pakt dient dazu, den Sozialstaat zu demontieren und die Arbeitslosenzahlen auf einem 'natürlichen Niveau' zu halten, um die Löhne zu drücken und die Gewerkschaften entmachten zu können." Einige der führenden irischen Gewerkschaften hatten ihren Mitgliedern empfohlen, gegen den Pakt zu stimmen.

Auf Ablehnung stieß der Vertrag denn auch vor allem in Arbeiterbezirken, wo auch die Wahlbeteiligung am niedrigsten ausfiel. "Wir hatten einen starken Nein-Trend in Arbeiter-Wohngebieten, wo die Leute vom Sparkurs der Regierung besonders betroffen sind," sagte Richard Boyd Barrett: "Angst hatte einen grossen Einfluss auf das Resultat." In ausgeprägten Arbeitersiedlungen wie Ballymun stimmten über 80% gegen den Fiskalpakt. In den wohlhabenderen Vororten Süd-Dublins sprachen sich dagegen 80% dafür aus. Dies scheint für viele Beobachter den Trend zu bestätigen, dass politische Entscheidungen in Irland zunehmend einem Links/Rechts-Spektrum unterliegen.

Mary Lou McDonald von Sinn Féin attestierte ihrer Partei eine gute Kampagne. Sie warnte die Regierung, das Mass an Enttäuschung in der Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Die Botschaft von Sinn Féin habe bei einem beachtlichen Teil der Öffentlichkeit Resonanz gefunden.

Gerry Adams kündigte an, seine Partei – Sinn Féin liegt in den Umfragen derzeit an zweiter Stelle in der Wählergunst – werde die Regierung beim Wort nehmen. Sie habe, was die Bankenrettung, Wachstum und Arbeitsplätze angeht, grosse Versprechungen gemacht. “Die Probleme von heute,” sagte er, “werden auch morgen da sein.”

Presseecho

Angesichts der Tatsache, dass die Iren für weiteres, striktes Sparen gestimmt hätten, so die *Irish Times*, sei das Ergebnis “um so bemerkenswerter”, und es sei ein “Pluspunkt für die Bürger, dass sie dem Vertrag zugestimmt haben.” Das Resultat sei nicht nur entscheidend, um eventuell an weitere Mittel aus dem Rettungsschirm zu gelangen, sollte dies notwendig sein, sondern auch ein Signal an die Partner in der EU und an Investoren, dass Irland den EU-Integrationsprozess und den Euro auch weiterhin unterstütze.

Ralf Sotscheck in der *taz* schien nahe dran zu sein, sich – frei nach Brecht – ein neues Volk wählen zu wollen. “Die Iren sind ein komisches Volk,” kommentierte er: “Einerseits schimpfen sie über die drakonischen Sparmaßnahmen der Regierung, die vielen Menschen die Existenzgrundlage geraubt haben, andererseits stimmen sie für den Europäischen Fiskalpakt, der ein noch drastischeres Austeritätsprogramm in der irischen Verfassung verankert.”

Der *Irish Examiner* warnte davor, sich Illusionen hinzugeben, dass dies mehr als ein “widerwilliges Ja” der Iren zum Fiskalpakt war, und dass die niedrige Wahlbeteiligung von einem gefährlichen Vertrauensverlust in unser politisches System und das „demokratische Defizit“ zeuge, das an der “Authentizität des europäischen Projekts nagt.”

Euro-Krise nicht beendet

Und das Resultat sollte nicht überbewertet werden. In Europa sei es nur unter ferner liefen zur Kenntnis genommen worden, im Schatten neuer Alarmmeldungen aus Spanien. Und des Wartens auf den nächsten EU-Gipfel. Und auf die Wahl in Griechenland. Die Krise des Euro sei durch die irische Abstimmung jedenfalls noch lange nicht beigelegt.

Ausserdem warte nun auf die Regierung all das, was an innenpolitischen Fragen während der Referendumskampagne aufgeschoben wurde und unerledigt blieb. Das Blatt verwies auf die Wasser- und Haushaltsabgabe, das Problem des Torfstechens – alle Bereiche, wo irische Bürger aus Protest das Gesetz ignorierten. Wie die Regierung damit umgehe, werde darüber entscheiden, ob sie verloren gegangenes Vertrauen zurück gewinnen kann.